

Rentenbeitrag könnte 2012 und 2013 sinken

ENN. BERLIN, 26. Oktober. Die Bundesregierung kann Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei den Sozialabgaben entlasten. Im kommenden Jahr könnte der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,9 auf 19,6 Prozent sinken. 2013 könnte der Satz sogar auf 19,1 Prozent zurückgehen, sollte sich die Wirtschaftsentwicklung nicht deutlich verschlechtern. Dies geht aus dem Haushaltsplan für die Deutsche Rentenversicherung hervor, mit dem sich das Kabinett am Mittwoch befasst hat. Die Bundesregierung will im November über den Beitragssatz 2012 entscheiden. Die Beitragssätze könnten dabei von einem gesetzlichen Automatismus profitieren: Wenn die Finanzreserve der Rentenversicherung – wegen der guten Lohnentwicklung – eineinhalb Monatsausgaben überschreitet, muss der Beitragssatz sinken. Auch die gut 20 Millionen Rentner ziehen voraussichtlich Nutzen aus der bisher guten Konjunktur. Die Renten könnten Mitte 2012 nach Ansicht von Fachleuten um 1,5 Prozent steigen. Die Gewerkschaften verlangen allerdings eine Beseitigung des Senkungs-Automatismus, damit mehr Geld für Rehabilitation oder gegen Altersarmut zur Verfügung stünde. Sie forderten Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) auf, den Beitragssatz bei 19,9 Prozent zu belassen. (Siehe *Wirtschaft*, Seite 11).

Heute

Fliegender Traum

Als erste Fluggesellschaft der Welt stellt All Nippon Airways den Dreamliner von Boeing in Dienst. Seine Entwicklung war kein leichtes Unterfangen. *Wirtschaft*, Seite 16

Nicht alle Tunesier bloggen

Die Ergebnisse der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung zeigen die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Land: 40 Prozent der Stimmen für die Islamisten erscheint da gar nicht so viel. *Politik*, Seite 6

Beben als Brückenbauer

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Israel liegen darnieder. Aber kaum war das Erdbeben am Sonntag vorüber, bot Jerusalem Ankara seine Hilfe an. Chance für Entspannung? *Politik*, Seite 6

Früchte unter Verdacht

Pfirsiche aus Fukushima sind in Japan wegen ihrer hohen Qualität beliebt. Auch wenn die Regierung bekräftigt, Obst und Reis aus der Region seien sicher, halten sich die Verbraucher zurück. *Wirtschaft*, Seite 13

Attentat auf den Fußball

Das Ergebnis des Pokalspiels in Dortmund war Nebensache – ein Teil der Fans von Dynamo Dresden sucht nichts anderes als Krawall. Die Eskalation der Gewalt erreicht eine neue Stufe. *Sport*, Seite 27

Musterhaus, Berlin Mitte

Endlich kommen aus Berlin gute Neubau-Nachrichten. Dem Architekten Jürgen Mayer H. ist in Mitte ein strenges, leichtes Haus geglikt. Ein Netzfänger fürs Auge. Eine Zierde der Stadt. *Feuilleton*, Seite 29

Der Triumph der Geriatriker

In keiner anderen deutschen Stadt leben mehr alte Menschen als in Chemnitz. Es gibt also keinen besseren Ort, um den famosen Altersanfang auszuprobieren und künstlich zu vergreisen. *Reiseblatt*, Seite R 1

Der Bundestag stärkt Frau Merkel vor dem EU-Gipfel den Rücken

„Schwerste Krise Europas seit dem Zweiten Weltkrieg“ / Streit über Schuldenschnitt

wmu./nbu./enn. BRÜSSEL/BERLIN, 26. Oktober. Kurz vor Beginn des EU-Gipfels zeichnete sich am Mittwochabend ab, dass die Euro-Staaten sich in Brüssel zur Lösung der Währungsfrage auf eine Rekapitalisierung der Banken und die kurz zuvor im Bundestag gebilligten neuen Regeln für den Euro-Rettungsfonds EFSF verständigen würden. Dagegen waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Eurogruppe und den Banken über deren Beteiligung an einem Schuldenschnitt für Griechenland noch so groß, dass hier eine Grundsatzentscheidung nicht sicher erschien. Strittig war sowohl die Höhe des Schnitts als auch die Frage, ob dieser freiwillig erreichbar sei. Als zunehmende Schwierigkeit stellte sich heraus, dass der Internationale Bankenverband IIF nur einen Teil der privaten Gläubiger repräsentiert. Im Schlusskommuniqué sollte festgehalten werden, dass das Verhältnis von EFSF und EZB nach Maßgabe des EU-Vertrags geregelt sei. Dieser verbietet die monetäre Staatsfinanzierung.

Der Bundestag hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unmittelbar vor dem Beginn des EU-Gipfels in Brüssel den Rücken für die weiteren Verhandlungen über eine erhöhte Schlagkraft der EFSF gestärkt. Dem fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag stimmten 503 Abgeordnete von CDU/CSU und FDP sowie von SPD und Grünen zu; die Linke-Fraktion stimmte dagegen. Insgesamt votierten 89 Abgeordnete dagegen, vier enthielten sich. Nach Angaben aus Koalitionskreisen stimmten 311 Abgeordnete der Koalition für den Antrag, damit kann sich Frau Merkel auf die sogenannte Kanzlermehrheit stützen. „Der gemeinsame Antrag des Bundestags ist ein Signal an die Menschen in Deutschland, an Europa und die Welt, das über die finanzpolitische Aussagen hinausreicht“, sagte Frau Merkel. „Er sendet die Botschaft aus, dass Deutschland parteiübergreifend die europäische Einigung schützt.“

Zuvor hatte die Kanzlerin in einem eindringlichen Appell um Zustimmung geworben. Sie sprach von der „schwersten Krise Europas seit dem Zweiten Weltkrieg“, von einer „existenziellen Krise“ und von der „größten Bewährungsprobe für die Wirtschafts- und Währungsunion“. Schließlich wiederholte sie ihre Befürchtung „Scheitern der Euro, scheitert Euro“. Niemand dürfe weitere 50 Jahre Frieden und Wohlstand in Europa für garantiert erachten. Dabei müsse Deutschland Verantwortung übernehmen. Deutschland sei gestärkt aus der Finanzkrise hervorgegangen. „Aber Deutschland kann es auf Dauer nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht.“ Um



Sie hat es schon wieder getan: Bundeskanzlerin Merkel nimmt auf dem Weg nach Brüssel noch schnell die Kanzlermehrheit in Berlin mit. Foto: Andreas Pein

Europa zu einer „Stabilitätsunion“ zu machen, müssten die europäischen Verträge geändert werden. Es müsse einen Durchgriff auf Staaten geben, die den Stabilitätsvertrag verletzen. Deutschland habe die polnische EU-Ratspräsidentschaft gebeten,

bis Dezember Vorschläge dazu vorzulegen. „Nur wenn wir Europa weiterentwickeln, haben wir die politische Dimension dieser Krise verstanden.“ (Fortsetzung Seite 2, weitere Berichte Seite 3 sowie *Wirtschaft*, Seiten 11 und 12.)

Bundeswehrreform trifft vor allem die alten Länder

De Maizière legt Konzept vor / 31 Standorte werden geschlossen / Kaum Kritik

PCA. BERLIN, 26. Oktober. Verteidigungsminister de Maizière (CDU) hat die künftige Schließung zahlreicher Standorte der Bundeswehr angeordnet. Der Minister legte am Mittwoch in Berlin ein neues Standortkonzept vor, das die Konsequenzen aus der Bundeswehrreform und der Abschaffung der Wehrpflicht zieht.

Infolge der Verringerung um etwa 90 000 Dienstposten werden von derzeit 328 Standorten insgesamt 31 bis zum Jahre 2017 geschlossen und weitere 33 auf Einheiten mit weniger als 15 Dienstposten reduziert. Eine Verlegung des ersten Dienststützpunktes des Verteidigungsministeriums von Bonn nach Berlin, die anfangs diskutiert wurde, ist nicht Teil der vorgelegten Standortkonzepts. Dafür dankten de Maizières Kabinettskollegen aus Nordrhein-Westfalen, Westfalen, Röttingen und Bahr am Mittwoch. De Maizière sag-

te dazu: „Jede Entscheidung hat ihre Zeit.“

Betroffen von den Schließungen sind zehn Bundesländer. Die meisten Standorte verlieren Schleswig-Holstein (8), Rheinland-Pfalz (5) Baden-Württemberg (4) und Bayern (3). Nach Angaben des Ministers werde es in nahezu jedem Standort umfangreiche Verringerungen der Dienstposten geben. Die Bundeswehr sei, sagte de Maizière, bei allem Verständnis für regionale Belange und auch Traditionslinien, „nicht um ihrer Standorte da, sondern darum, um ihre Aufgaben gut und effizient auszuführen“. Für die Beschäftigten soll ein Reformbegleitprogramm geben, um Härten und Auswirkungen der Standortreform für sie zu mildern.

Zu den markanten Punkten des Standortkonzepts gehört die Verlegung der Inspektore der Streitkräfte aus dem Ver-

teidigungsministerium in neue Standorte. So wird der Inspekteur des Heeres mit allen bisherigen Kommandostrukturen nach Strausberg in Brandenburg gehen, der Inspekteur der Luftwaffe nach Berlin-Gatow. Der Inspekteur der Marine wird seinen Sitz künftig in Rostock haben. Der Zentrale Sanitätsdienst der Bundeswehr wird in Koblenz vertreten sein, die Streitkräftebasis in Bonn.

De Maizière sagte, es sei „die Wahrheit, wenn ich mich freue, dass künftig drei Inspektore in Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sein werden“, er habe aber „peinlich genau darauf geachtet“, dass es keine regionalen Bevorzugungen gebe. Es sei „das Bemühen des Verteidigungsministers zu erkennen, Bundeswehrstandorte in der Fläche zu erhalten“, lobte der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold. (Siehe Seite 4.)

Comenius-Stiftung entzieht Hentig Preis

OLL. BERLIN, 26. Oktober. Die Comenius-Stiftung hat dem Pädagogen Hartmut von Hentig den 1994 verliehenen Comenius-Preis aberkannt. Nachdem Hentig einen offenen Brief mit drei Fragen zu seiner möglichen Verstrickung oder Mitverschuldung in den sexuellen Missbrauch an der Odenwaldschule durch seinen Lebenspartner Gerold Becker im Grunde nicht beantwortet hatte, wurde ihm der Preis, der einst mit 20 000 Mark dotiert war, nun am 18. Oktober entzogen. (Siehe Seite 5.)

Nato will Libyen-Einsatz umgehend beenden

NBU. BRÜSSEL, 26. Oktober. Die Nato wird voraussichtlich nicht der Bitte des libyschen Übergangsrates nachkommen, ihren Einsatz in dem Land noch bis Ende des Jahres aufrechtzuerhalten. Diplomaten berichteten am Donnerstag in Brüssel, es werde ein Beschluss für Freitag vorbereitet, um den Einsatz wie bisher geplant am 31. Oktober zu beenden. Zur Begründung hieß es, man wolle nicht in einen etwaigen Bürgerkrieg hineingezogen werden. (Siehe Seite 6, Kommentar Seite 10.)

Jetzt sieben Milliarden Menschen auf der Erde

WER. FRANKFURT, 26. Oktober. Die Weltbevölkerung überschreitet nach Berechnungen der Vereinten Nationen (UN) in diesen Tagen die Sieben-Milliarden-Grenze. Bei der Vorstellung des UN-Weltbevölkerungsberichts 2011 in Berlin wiesen Fachleute auf die Folgen des anhaltenden Wachstums hin. Der ebenfalls am Mittwoch vorgelegte Demographiebericht der Bundesregierung beleuchtet die fortschreitende Alterung der deutschen Gesellschaft. (Siehe *Deutschland und die Welt*.)

Geschafft

Von Jasper von Altenbockum

Diese geschaffte Koalition hat es noch einmal geschafft. Wenn es zu der Debatte im Bundestag nicht gekommen wäre, hätte das weitere Verfahren zur Bewältigung der Schuldenkrise zwar nicht viel anders ausgesehen. Die Kanzlerin wäre in Brüssel auf der einen Seite flexibler, auf der anderen Seite getriebener gewesen. So gesehen wäre es eine Frage der Taktik, mit der sich der Bundestag in einem gemeinsamen Entschließungsantrag einen Schritt weiter durch den Dschungel der Schuldenkrise vorgetastet hat. Es ist aber nicht nur die Taktik, die sich durch die Öffentlichkeit des Parlaments verändern kann. Mit dem Entschließungsantrag haben sich die Fraktionen der Koalition und die der SPD und der Grünen in einer Frage zusammengerauft, die auch jenseits der nächsten Bundestagswahl, wann immer sie stattfinden wird, das Schicksal und die Stimmung Deutschlands beherrschen dürfte. In ihren eigenen Anträgen hatten die Grünen und die SPD dem gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen beschlossenen nicht mehr allzu viel hinzuzufügen. Es sind Sahnehäubchen, die sich nur Oppositionen leisten können.

Ist das nun ein kleiner Punktsieg der Koalition in einer großen, historischen Angelegenheit? Die matte Rede Rainer Brüderles nach seinem beachtlichen parlamentarischen Ausbruch vor knapp drei Wochen spricht nicht dafür. Ebenso wenig die Rede Jürgen Trittins, weil es die einzige war, die zum Kern der Sache vordrang, dem „Verlustrisiko“, wie es im Antrag heißt, das sich „verändert“. Auf dieses Risiko hat sich die große Mehrheit der Abgeordneten mit der Euro-Hebelpolitik nun eingelassen. Brüderle und Trittin hatten wohl vor Augen, dass auch diese Episode im Drama der schwarz-gelben Koalition in Wirklichkeit SPD und CDU – im Schlepptau eine genervte CSU – weiter zusammengeführt hat. Die Grünen und die FDP spielen darin die tragischen Nebenrollen, mit unterschiedlich kompetenter Besetzung.

Auch aus der wichtigsten Frage auf lange Sicht wird so für das bürgerliche Bündnis nicht ein Lebenselixier, womöglich aber für Angela Merkel im bevorstehenden Wahlkampf. Der hat – etwa auf der Parteilinien-Tour Sigmar Gabriels durch das Unterholz der SPD – längst begonnen. Darin wird sich erweisen, ob sich aus der nur noch mühsam gesicherten Kanzlermehrheit Vertrauen schaffen lässt oder aus den offenbar viel leichter begehbaren Brüchen der Kanzlerin zur SPD. In jeder Wahl steckt eine Volksabstimmung.

Die politische Zentralbank

Von Stefan Ruhkamp

Staatsnähe ist für jeden Notenbankier ein heikler Vorwurf. Deshalb darf man bezweifeln, dass EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy einfach nur freundlich sein wollte, als er dem scheidenden EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet bei dessen Abschiedsfeier bescheinigte, in der großen französischen Tradition des Staatsdieners zu stehen. Das Lob ist vergiftet – und ein Hinweis auf das, was die Regierungen von der Europäischen Zentralbank erwarten: Noch mehr Krisenhilfe, noch mehr Käufe von Staatsanleihen. Dieser Ruf ist inzwischen weniger an Trichet selbst gerichtet, dessen Amtszeit am Montag endet, sondern an seinen Nachfolger Mario Draghi.

Was Van Rompuy nur andeutete, sprach der französische Staatspräsident Sarkozy kurz darauf hinter verschlossenen Türen aus. Er erwarte eine öffentliche Erklärung, dass die EZB auch nach der Ausweitung des europäischen Rettungsfonds EFSF weiterhin Staatsanleihen kaufe. Trichet scheint dieses Ansinnen vehement zurückgewiesen zu haben. Aber längst ist aus Bitten und Drängen der Regierungen um mehr Unterstützung durch die Notenbank eine blanke Forderung geworden, so als sei die Zentralbank eine von mehreren politischen Parteien, die einen Preis für die Lösung der Krise zu zahlen habe.

An dieser Konstellation ist Trichet nicht unschuldig. In seiner Amtszeit ist die EZB an die Gefilde der Regierungen herangerückt. Zwar hat sich der Präsident beileibe nicht alles von den Politikern gefallen lassen. Manche werfen ihm sogar eine zu vorsichtige Zinspolitik vor. Doch Schritt für Schritt sind wichtige Grundlagen der europäischen Geldpolitik zur Verhandlungsmasse geworden.

Trichet ist zu Recht stolz darauf, dass die EZB in den ersten dreizehn Jahren ihres Bestehens die durchschnittliche Inflationsrate bei kaum zwei Prozent stabilisiert hat. Preisstabilität ist ihr wichtigster Auftrag. Die durch Umfragen ermittelten und aus Marktpreisen abgeleiteten Erwartungen signalisieren, dass die meisten Europäer auch in Zukunft darauf vertrauen, dass die EZB zuvörderst der Preisstabilität verpflichtet ist. Zu diesem Vertrauen hat Trichet beigetragen, als er vor gut sechs Jahren gemeinsam mit seinen Notenbankkollegen gegen den Druck Deutschlands und Frankreichs auf die Einhaltung des Stabilitätspakts gedrungen hat. Auch die Zinserhöhung unmittelbar vor der Bankenkrise vor drei Jahren hat den Ruf der EZB gestärkt, im Zweifel die Preisstabilität als oberstes Ziel zu verfolgen.

Trichet ist also kein geldpolitischer Vabanque-Spieler und die EZB sicher nicht eine Institution in Auflösung. Doch die Nähe zur Politik, die Trichet nicht selten gesucht hat, ist für seinen Nachfolger Mario Draghi eine schwere Hypothek. Die Erfahrung der vergangenen vier Krisenjahre zeigt, dass jede Stabilisierungshilfe – und manche von

ihnen waren unumgänglich – nach kürzester Zeit als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Was die Zentralbank einmal gewährt, kann sie später kaum wieder zurückziehen. Deshalb war der Kauf von Staatsanleihen so umstritten, deswegen sind die deutschen EZB-Ratsmitglieder Jürgen Stark und Axel Weber zurückgetreten.

Das Geld, das den überschuldeten Staaten fehlt, kann nur aus vier Quellen kommen. Entweder bringen es die Steuerzahler in Griechenland, Irland, Portugal und Italien selbst auf. Oder ihre Gläubiger leisten Verzicht. Oder die Steuerzahler anderer Länder springen ein. Oder die Politik begibt sich auf den aus ihrer Sicht verlockendsten und zugleich gefährlichsten Weg: Die Risiken würden auf die Zentralbank ab-

„Für mich ist die Inflation wie eine Steuer, die vor allem die Ärmsten und Schwächsten unserer Gesellschaft träge.“

gewälzt, die Last der Schulden und der wirtschaftlichen Anpassung in den Krisenländern durch Inflation gemildert – kurz die Monetisierung der Staatsschulden.

Die Zeche zahlen dann alle Besitzer von Geld, aber auch Angestellte und Sozialhilfeempfänger, die auf einen stabilen Geldwert angewiesen sind. „Für mich ist die Inflation wie eine Steuer, die vor allem die Ärmsten und Schwächsten unserer Gesellschaft träge“, so hat es Trichet im Gespräch mit dieser Zeitung formuliert. Das war kein Lippenbekenntnis, und doch hat Trichet sich und die EZB auf das politische Spiel eingelassen.

Trichet wollte und will immer gestalten, etwa mit Gedankenspielen über die Ausgestaltung eines europäischen Finanzministeriums. Besonders deutlich wurde der Gestaltungswille, als die EZB begann, auch Anleihen aus Spanien und Italien zu kaufen. Trichet kündigte den Schritt an und schickte zugleich Briefe nach Spanien und Italien, um die Regierungen zu verstärkten Sparanstrengungen aufzurufen. In Trichets eigener Wahrnehmung wirkte die Politik von Zuckerbrot und Peitsche, denn beide Regierungen beschlossen zusätzliche Anstrengungen. Doch angesichts der stark gestiegenen Zinskosten auf den Anleihemärkten hätten sie dies mit einiger Wahrscheinlichkeit auch ohne die EZB-Interventionen getan. Behütet durch deren Käufe erlähmte schon bald der Eifer der italienischen Regierung. Die Anleihekäufe hält die Politik inzwischen für eine feste Konstante. Für den neuen EZB-Präsidenten Mario Draghi wird es umso schwieriger, zu einer normalen Geldpolitik zurückzukehren und einen gesunden Abstand zur Politik wiederherzustellen.



Briefe an die Herausgeber	34	Zeitgeschehen	10	Finanzmarkt	19	Kino	33
Reiseblatt	R1	Wirtschaft	11	Kurse	22	Neue Sachbücher	34
Bildungswelten	8	Unternehmen	14	Sport	27	Medien	35
Deutschland und die Welt	9	Wetter	18	Feuilleton	29	Fernsehen und Hörfunk	36

STREIFZÜGE

Parchim

Ich bin das Volk

Die CDU-Fraktion in der Stadtvertretung im mecklenburgischen Parchim hat Eberhart Schultze ausgeschlossen. Der sitzt seit Mai 1990 für die Partei in der Stadtvertretung, zeitweise war er Fraktionsvorsitzender. Grund für den Ausschluss ist sein Kampf gegen die Umbenennung von Straßen in der Weststadt von Parchim. Vor allem geht es dabei um die Leninstraße, aber auch um Straßen, die nach DDR-Funktionären benannt wurden: Otto Grotewohl, Johannes Dieckmann, Otto Nuschke. Grotewohl vollzog mit Wilhelm Pieck die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED, Dieckmann war Präsident der Volkskammer, Nuschke CDU-Vorsitzender in der frühen DDR.

CDU und SPD hatten sich auf eine Umbenennung geeinigt. Schultze aber war dagegen. Eine Umbenennung sollte es seiner Meinung nach nur geben, wenn die Parchimer das mit großer Mehrheit begrüßen. 2003 schon sprach Schultze von einem „CDU-SPD-Komplot“. Da sollte etwas hinter dem Rücken der Parchimer durchgesetzt werden. Schultze kostete diese Einlassungen den Fraktionsvorsitz. Vor einem Jahr versuchten CDU und SPD abermals, die Umbenennung zu erreichen. Wieder stand Schultze an der Spitze des Widerstands. Es kam zum Bürgerbegehren. Vor acht Wochen organisierte Schultze schließlich den ersten Bürgerentscheid in der Stadt. Etwa zwei Drittel der Bürger sprachen sich dabei für den Erhalt der Straßennamen aus.

Für die CDU war das eine empfindliche Niederlage. Aber zunächst schien es so, dass dies ohne Konsequenzen bleiben würde. Das Thema sei erledigt, sagte damals der CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Gresch, der Schultze schon lange verbunden ist. Beide waren in der DDR-Zeit in der Bauernpartei, die schließlich in der CDU aufging. Aber nun häuften sich die Proteste in der CDU über Schultzes Haltung. Das führte schließlich Anfang dieser Woche dazu, dass er aus der Fraktion ausgeschlossen wurde – mit sieben gegen zwei Stimmen: „Den für eine Fraktion zwingend notwendigen Konsens in den politischen Auffassungen und Zielen seiner Mitglieder gibt es mit Eberhart Schultze nicht mehr.“ Schultze macht nun als Fraktionsloser weiter. Er sagt, er habe sich nichts vorzuwerfen. Ein Bürgerentscheid sei die höchste Form der Demokratie. FRANK PERGANDE



Leninist?

Berlusconi schickt Brief mit Reformvorschlägen nach Brüssel

Frattini: Einigung mit Bossi über Erhöhung des Rentenalters wurde durch „Druck aus Europa“ möglich / Lob für Merkel, Irritation über Sarkozy

anr./K.F./tp. ROM, 26. Oktober. Italiens Regierung hat am Mittwoch in einem Brief an Brüssel neue Wirtschaftsreformen angekündigt. Spät in der Nacht auf Mittwoch gab die mitregierende Lega Nord ihren Widerstand gegen eine langfristige Erhöhung des Renteneintrittsalter auf 67 Jahre auf. Berlusconi hatte ursprünglich geplant, vor dem Treffen der europäischen Regierungschefs in Brüssel ein Paket von Wachstumsreformen im Kabinett beschließen zu lassen, doch dazu kam es nicht. Außenminister Frattini lobte im Gespräch mit dieser Zeitung die Vereinbarung mit der Lega Nord. Diese Unterstützung nun nicht nur die Rentenreform,

Umberto Bossi im Porträt, Zeitgeschehen, Seite 10

sondern auch weitere Liberalisierungsschritte. Frattini verteidigte den Umstand, dass Italiens großzügiges Frühverrentungssystem im Wesentlichen unangetastet bleibt. Wer 40 Jahre lag Beiträge gezahlt habe, habe auch im Alter von 60 Jahren seine Rente verdient, sagte der Minister. Frattini zeigte sich erfreut, dass die Vereinbarung durch Druck „aus Europa“ möglich geworden sei. Weiterer Druck sei hilfreich, machte der Außenminister deutlich. Allerdings dürfe dieser nur von europäischen Institutionen, nicht aber von anderen Mitgliedstaaten kommen. Frattini lobte in diesem Zusammenhang Bundeskanzlerin Merkel und kritisierte den französischen Staatspräsidenten Sarkozy. Frattini sagte, Italien sei nicht Teil des europäischen Problems. Vielmehr habe Frankreich ein Problem mit seinen Banken, die zu viele griechische Staatsanleihen hielten. Sarkozy hatte am Sonntag nur Grimassen geschnitten, als er in Brüssel gefragt wurde, ob er mit Italiens Zusagen zufrieden war. Die „Körpersprache“ habe ihn „irritiert“, sagte Frattini.

Fortsetzung von Seite 1

Der Bundestag stärkt Frau Merkel für EU-Gipfel den Rücken

Frau Merkel schloss: „Ansonsten würden wir versagen.“ Auch die internationale Regulierung der Finanzmärkte gehöre zu den unerledigten Aufgaben.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Steinmeier und Grünen-Fraktionschef Trittin warfen der Bundesregierung trotz der Einigkeit über eine „Optimierung“ der EFSF Unehrlichkeit vor. Steinmeier sagte, die Regierung habe taktiert und Informationen zurückgehalten, Finanzminister Schäuble und andere hätten noch bis vor kurzem die Absicht einer „Hebelung“ dementiert. Auf diese Weise zerstöre die Regierung Vertrauen, kritisierte Steinmeier. Er warb für einen „Zehn-Jahres-Plan für die Wirtschafts- und Währungsunion zur Wiedergesundung Europa“. Auch Trittin kritisierte eine Verunsicherung der Menschen. Sie komme daher, dass die Regierung am Mittwoch für richtig erklärte, was sie am Freitag abgelehnt habe. Außerdem scheue sie sich, die Wahrheit über die Risiken einer „Hebelung“ zu sagen. Nach Trittins Rechnung verdreifacht sich das Ausfallrisiko. Dennoch sei eine solche Optimierung ebenso nötig wie eine stärkere Beteiligung des privaten Sektors an den Hilfen, sagte er. Denn Sparanstrengungen der Schuldländer allein führten nicht zum Erfolg.

Der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Gysi, kritisierte die geplanten Hebelmechanismen. Sie führten dazu, dass aus einem bislang „vagen Haftungsrisiko“ eine „zwingende Zahlung“ der EFSF und der Steuerzahler werde. Die Bundesregierung ziele vor allem darauf ab, die Großbanken zu schützen, sagte Gysi. Er warf der Regierung zudem vor, mit „organisierter Wirtnis alle zu überfordern“.

Mit dem Entschließungsantrag stimmte die große Mehrheit des Bundestages grundsätzlich dem Vorhaben zu, die „Effizienz“ des Rettungsschirms EFSF zu erweitern, dessen Garantierahmen aber auf 440 Milliarden Euro begrenzt bleiben soll; Deutschland hat daran einen Anteil von 211 Milliarden Euro. Über die Details einer solchen „Hebelung“ dieser Garantiebeiträge wird in Brüssel nach wie vor verhandelt. Im Kern werden zwei Varianten diskutiert: eine Versicherungslösung, die eine Teilabsicherung neuer Staatsanleihen vorsieht, sowie das Modell einer Zweckgesellschaft, die eine Risikoteilung zwischen öffentlichen Mitteln und Mitteln privater Investoren erleichtern soll. Beide Modelle sollen in die EFSF-Leitlinien einfließen. Alle Modelle, die eine Einbeziehung der Europäischen Zentralbank EZB verlangt hätten, seien „vom Tisch“, bekräftigte Frau Merkel.

Zum Vorwurf, mit der geplanten „Effizienzsteigerung“ verschärfe sich auch das Risiko der Garantiegeber, vor allem des deutschen Steuerzahlers, für Ausfälle haften zu müssen, sagte Frau Merkel: „Eine bessere Alternative liegt mir nach Prüfung aller Möglichkeiten nicht vor.“ Das Risiko, das mit der Maximierung der EFSF verbunden sei, sei vertretbar. „Es wäre dagegen nicht vertretbar und nicht verantwortlich, dieses Risiko nicht einzugehen.“ Frau Merkel sagte zu, politische Grundsatzentscheidungen – die Leitlinien – würden „hier im Bundestag“ beraten.

Vor der Plenarversammlung waren in der Koalition unterschiedliche Auffassungen zu der Frage vertreten worden, ob eine Befassung des Haushaltsausschusses genüge. Auch die Opposition hatte eine Plenarversammlung verlangt. Die CDU-Fraktion hatte dann auch auf eine Abstimmung im Plenum gedrängt, obwohl nur über einen Zwischenstand der „Optimierungsvarianten“ zu entscheiden war. Der Unions-Fraktionsvorsitzende Kauder legte in der



Parlamentsdebatte in Rom: Es diskutieren Barabato (l.) von der oppositionellen FLI und Ranieri (r.) von der Lega Nord Foto Reuters

Die Gefahr eines kurzfristigen Auseinanderbrechens der Koalition zwischen Berlusconi „Partei der Freiheit“ und der Lega Nord von Parteiführer Umberto Bossi scheint mit der Vereinbarung gesunken zu sein. Nach tief reichenden Meinungsverschiedenheiten mit der Lega, vor allem wegen der von Berlusconi gewünschten Abschaffung der Frührenten, hatte sich der Ministerrat am Montag

ohne Entscheidung getrennt und wurde auch bis zur Brüsseler Konferenz vom Mittwoch nicht mehr einberufen. Nachdem am Dienstag auch Minister offen sagten, dass der Fortbestand der Regierung Berlusconi nicht mehr garantiert sei, hat sich am Mittwoch die Stimmung wieder abgekühlt – auch wenn es im Parlament hitzige Auseinandersetzungen zwischen Fraktionen der Opposition und

der Regierungsparteien über die nötigen Reformen gab. Außenminister Frattini warnte vor Versuchen, nun mitten in der Krise Neuwahlen anzustreben.

Nach am Dienstag hatte sich der Chef der Lega Nord, Umberto Bossi, pessimistisch über den Fortbestand der Koalition geäußert. Eine vorgezogene Wahl würde „die Tür für Spekulation und die Aggressionen jener Netze öffnen, die auf den Fi-

nanzmärkten gegen Italien vorgehen“, sagte Frattini. Allerdings hält er dieses Szenario für wahrscheinlicher als einen Rückzug von Ministerpräsident Berlusconi. Das ist die Bedingung, die die abtrünnigen Gefolgsleute Berlusconis um den Präsidenten der Abgeordnetenkammer Gianfranco Fini für eine Rückkehr in die Koalition und Mitwirkung an Wirtschaftsreformen gestellt hatten. Ein Sprecher Berlusconis wies italienische Medienberichte zurück, nach denen der Ministerpräsident Rücktrittspläne habe. Nach Angaben der Zeitung „Repubblica“ soll Berlusconi bei dem privaten Treffen mit Bossi gesagt haben: „Ich weiß nicht, was ich tun soll. Es ist klar, dass ich nicht ohne eine Einigung mit Bossi nach Brüssel fahren kann.“ Bossi sagte, nun müsse die EU entscheiden, ob ihr die Vorschläge reichten: „Am Ende haben wir eine Lösung gefunden. Nun müssen wir die Reaktion der EU abwarten.“

Auch Bossi dürfte indes in Wirklichkeit kein Interesse an einem sofortigen Ende der Koalition haben. Danach würde mit großer Wahrscheinlichkeit eine Übergangsregierung von Fachleuten installiert. In Rom heißt es, Berlusconi und Bossi könnten mindestens bis zu Neuwahlen im Frühjahr regieren, wenn die Regierung erst zu Beginn des Jahres 2012 ihren Rücktritt erkläre. Regulär dauert die Legislaturperiode bis 2013.

Die Opposition kritisierte abermals, die Regierung Berlusconi sei nicht mehr handlungsfähig. Die Sprecher der Oppositionsparteien verlangen kraftvolle Reformen, unterbreiten dazu aber keine konkreten Reformvorschläge, die dann in den eigenen Reihen oder in Brüssel kritisiert werden könnten. Die Partei „Italien der Werte“ des ehemaligen Staatsanwalts Antonio Di Pietro bezeichnete Berlusconi Brief nach Brüssel als „ein kleines Pflaster auf einer großen Wunde“.

Heute

Karlsruhe zurückhaltend

Wer urteilt über europäisch verursachte Regeln? Das Bundesverfassungsgericht entscheidet nur über deutsches Recht, wenn der deutsche Gesetzgeber einen Spielraum hatte, sagt es jetzt. Politik, Seite 5

Ohne Evidenzversprechen

Evidenzbasierte Bildungsforschung führt zu einer Monopolisierung und respektiert nicht, dass Wissenschaft und Politik je unterschiedliche Systeme mit eigenen Handlungslogiken sind. Bildungswelten, Seite 8

Er fand Oetkers Entführer

Als Richard Oetker entführt wurde, griff die Polizei zu unkonventionellen Fahndungsmethoden. Zu verdanken war das auch dem Ermittler Helmut Bauer. Jetzt ist er gestorben. Deutschland und die Welt, Seite 9

Geständnis in Stade

Martin N. hat vor Gericht in Stade drei Morde an Jungen gestanden. Jetzt geht es wohl nur noch um die Frage, ob er auch zu Sicherungsverwahrung verurteilt wird. Deutschland und die Welt, Seite 9

Checkpoint Charlie

Vor genau fünfzig Jahren: Zehn Wochen nach dem Mauerbau führen in Berlin sowjetische und amerikanische Panzer auf. Die gefährliche Krise konnte gerade noch abgewendet werden. Zeitgeschehen, Seite 10

Geist des „Poverello“

In Assisi haben heute Repräsentanten der Weltreligionen vor den Frieden. Papst Benedikt XVI. folgt damit seinem Vorgänger und hat auch Agnostiker zu der Veranstaltung eingeladen. Zeitgeschehen, Seite 10

Debatte Wert auf die Feststellung, dass dem Haushaltsausschuss im Gesetz zur Ausweitung des Rettungsschirms EFSF eine wichtige Rolle beigemessen werde.

Frau Merkel hatte zuvor versichert, Griechenland verdiene eine „tragfähige Zukunftsperspektive in der Eurozone“. Die Griechen ständen aber „erst am Anfang eines langen, schwierigen Weges“. „Einfache Lösungen, gar einen Paukenschlag, das wird es nicht geben“, sagte sie. Dabei gehe es nicht ohne eine stärkere Beteiligung des Privatsektors. Auch ein Schuldenerlass allein löse jedoch die Probleme nicht. Hier komme es darauf an, eine Ansteckung zu verhindern. Die Banken müssten, vorrangig aus eigener Kraft, für eine stärkere Eigenkapitalausstattung sorgen. Und die Länder, bei denen die Ansteckungsgefahr groß sei, müssten „ihre Hausaufgaben machen“.

Bei ihrer Ankunft in Brüssel sagte die Kanzlerin später, sie sei sich sicher, dass alle Staats- und Regierungschefs mit dem Ziel anreisten, „ein ganzes Stück weiterzukommen“. Der Vorsitzende der Euro-Gruppe, der luxemburgische Ministerpräsident Juncker, äußerte die Erwartung, dass auf dem Gipfel zwar nicht alle Details geklärt werden könnten, aber doch die wesentlichen Elemente zur Stabilisierung der Euro-Zone: „Die Gesamttrichung muss heute ultraklar sein.“ Die Verhandlungen mit den Banken liefen noch. Juncker sagte, dass Italien auf dem Gipfel „erhebliche strukturell angelegte Konsolidierungsbemühungen“ vorlegen solle. „Das ist ein Muss.“ Der scheidende italienische Notenbankchef Mario Draghi, der in der nächsten Woche das Amt des EZB-Präsidenten übernimmt, bezeichnete es als wichtigen Schritt, dass die Regierung Berlusconi auf dem Gipfel ein 15 Seiten starkes Papier mit ihren Reformvorhaben vorlegen wollte, zu denen nun auch eine

Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre gehört. Das Schreiben alleine reiche jedoch nicht: „Jetzt ist jedoch geboten, die Reformpläne in die Tat umzusetzen, schnell und konkret.“

Für die Kapitalversorgung unterkapitalisierter Banken lag den Staats- und Regierungschefs ein Grundsatzbeschluss der EU-Finanzminister vor, wonach etwa 60 systemrelevante europäische Banken bis zum 30. Juni 2012 mit einer harten Eigenkapitalquote („core tier one“) von 9 Prozent ausgestattet werden müssen. Daraus entsteht insgesamt wohl ein Kapitalbedarf von rund 100 Milliarden Euro. Die Staatsanleihen, welche die Institute halten, sollen zu ihrem Wert vom 30. September veranschlagt werden. Dadurch soll verhindert werden, dass sich die Institute durch einen Bilanzabbau – also dadurch, dass sie unmittelbar in großem Umfang Staatsanleihen verkaufen – ihr Kapital erhöhen. Die Banken sollen zudem die Verteilung von Dividenden und Bonuszahlungen einschränken, bis die angestrebte Kapitalquote erreicht worden ist. Die Kapitalisierung soll, wie schon mehrfach angekündigt, möglichst über den privaten Kapitalmarkt erfolgen. Gelingt das nicht, sollen die nationalen Banken-Rettungsschirme einspringen. In Deutschland ist dafür die Reaktivierung des deutschen Rettungsschirms Soffin vorgesehen. Für die betroffenen deutschen Banken entsteht ein Rekapitalisierungsbedarf von etwa sechs Milliarden Euro. Erst wenn es keine Kapitalisierungsmöglichkeit über die nationalen Rettungsfonds gibt, kann die EFSF über Kredite an nationale Regierungen zur Bankenrekapitalisierung beitragen. Als erster Kandidat für derlei EFSF-Hilfe gelten griechische Banken und Pensionsfonds.

Der von der „Troika“ aus Internationaler Währungsfonds, Europäischer Zen-

tralbank und EU-Kommission ermittelte neue Finanzierungsbedarf Griechenlands von etwa 250 Milliarden Euro soll nach dem Willen der Euro-Staaten zu einem großen Teil von den privaten Gläubigern getragen werden. Es gilt weiter die Sprachregelung, dass jener Finanzbedarf, der über das im Juli vereinbarte zweite Hilfspaket von 109 Milliarden Euro hinausgeht, im Großen und Ganzen nicht von der öffentlichen Hand gedeckt werden könne. In den Parlamenten mehrerer Euro-Staaten wäre dies nicht mehr durchsetzbar.

In den Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung, dem IWF und Vertretern der Eurogruppe waren mehrere Fragen nicht geklärt. Dem Vernehmen nach boten die Banken zuletzt einen Schuldenschnitt um 40 Prozent auf den Gegenwartswert ihrer Papiere an. Dies entspricht aber nur etwa 20 Prozent des Nominalwerts. Die Eurogruppe strebt einen Forderungsverzicht von 50 Prozent des Nominalwerts an. Die Banken fordern zudem eine öffentliche Absicherung ihrer Beteiligung. Die Eurogruppe will allenfalls eine Teilabsicherung gewähren. Der Forderungsverzicht soll über einen Tausch von alten in neue griechische Anleihen erfolgen. Da die Positionen noch weit auseinanderliegen, galt eine Lösung dieser Frage zum Ende des Gipfels als unwahrscheinlich. Die Staats- und Regierungschefs wollten vor allem darüber diskutieren, ob die Banken im Fall einer Nichterfüllung zu einem höheren Forderungsverzicht gezwungen werden können. Am Rande des Treffens wurde darauf hingewiesen, dass das zweite Hilfsprogramm für Athen, das nach einem Schuldenschnitt ausverhandelt werden müsste, auf deutlich realistischeren Annahmen beruhen müsse als das bisherige.

STIMMEN DER ANDEREN

Der Islamismus bedroht den „arabischen Frühling“

Zum Aufstieg islamistischer Kräfte in Libyen und Tunesien schreibt die Tageszeitung „El Mundo“ (Madrid):

„Der Islamismus bedroht den ‚arabischen Frühling‘ in Libyen und Tunesien. Der Lynchtod des früheren libyschen Herrschers Gaddafi und die Zurschaustellung des Leichnams sind besorgniserregende Indizien für die Werte der neuen Machthaber. Es nicht ausgeschlossen, dass Libyen sich von einer Diktatur befreit hat und unter das Joch eines islamistischen Regimes fällt. Darauf deutet auch die Proklamation des Scharia-Rechts hin... In Tunesien geben die islamistischen Wahlsieger sich zwar als gemäßigt, aber es gibt ebenfalls beunruhigende Zeichen: Die ersten Glückwünsche kamen aus Teheran, das sich über ein ‚islamisches Erwachen‘ freute.“

Eine fast unvermeidliche Entwicklung

Auch die Tageszeitung „Ouest-France“ (Rennes) sieht nach dem ‚arabischen Frühling‘ die Islamisten im Aufwind:

„Wir müssen die Komplexität der Geschichte akzeptieren. Nach der Wahl in Tunesien, dem Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen und vor den Wahlen, die kommenden Monat in Ägypten abgehalten werden sollen, zeichnet sich eine klare Lehre ab: Der ‚arabische Frühling‘ wird, zumindest teilweise, ein islamistischer sein. Dies ist eine unvermeidliche Entwicklung, auf die wir weder mit übertriebener Nachsicht reagieren sollten, noch mit ungeheurer Panik. Angesichts despotischer und korrupter Regime waren die islamistischen Parteien die einzige organisierte Opposition. Es ist nur legitim, dass sie heute von ihren gestrigen Anstrengungen profitieren.“

Europa ist nicht das Problem, sondern die Lösung

Das Fehlen von Gemeinschaftssinn sei das wahre europäische Problem, äußert das „Luxemburger Wort“:

„Bei der gegenwärtigen Krise Europas scheint es vor allem um Geld zu gehen. Und in der Tat: Jetzt rächt sich, dass viele Staaten jahrzehntlang über ihre Verhältnisse gelebt haben. Jetzt rächen sich Deregulierungen und Entmoralisierungen des Finanzsektors. Jetzt rächen sich Steuergeschenke einer anarcholiberalen Finanzpolitik. Doch der Euro ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung! Europa ist nicht das Problem, sondern die Lösung! Der Euro zwingt die ‚Chefs‘ zur Gemeinschaft. Das ist gut so: Denn das Fehlen von Gemeinschaftssinn ist das größte und tiefste Problem Europas, nicht das fehlende Geld.“

Es geht nur mit den Deutschen

Die Pariser Tageszeitung „Le Figaro“ plädiert für ein noch engeres politisches Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs:

„Angela Merkel befindet sich in einer starken Position. Als größte Wirtschaftsmacht des Kontinents ist Deutschland das einzige Land, das Europa aus der schwierigen Lage befreien kann. Es hat die notwendigen Reformen umgesetzt, um seine Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Frankreich bleibt keine andere Wahl, als die Herausforderung anzunehmen, indem es Deutschland kräftig nachempfiehlt. Zwischen dem Deutschland von Angela Merkel und dem Italien von Berlusconi haben wir keine Sekunde zu zögern. Diejenigen, die eine angebliche Ausrichtung von Paris an Berlin bemängeln, haben nicht begriffen, wie ernst die Lage ist.“

Die CSU – koste es, was es wolle

Der „Münchner Merkur“ fragt, was Seehofer und seine Partei eigentlich wollen:

„Was will Seehofer? Raus aus dem Steuerkonsens mit CDU und FDP? Raus aus der Euro-Rettung? Raus aus der schwarz-gelben Koalition? Oder alles zugleich? Die Hinweise verdichten sich, dass in München alle Optionen auf dem Tisch liegen. Die Wucht, mit welcher der CSU-Chef ein übles Foulspiel von CDU und FDP in der Steuerpolitik zum Koalitions-Kriegsgrund hochspielt, schreckt die Berliner Regierung auf. Seehofer, der die bayerische Ehre durch Merkels Umgriffen mit der CSU verletzt sieht – ein härterer Vorwurf unter Partnern ist kaum vorstellbar –, hat mit dem Steuer-Eklat nicht nur einen Vorwand, um den Bruch zu inszenieren. Er hat auch, im wahrsten Sinne, einen Hebel: ein Nein der CSU zur Euro-Rettung. Und er hat ein Motiv. Es lautet: Verteidigung der CSU-Bastion Bayern. Koste es, was es wolle.“

Banken, Proteste und die Polizei

Die Berliner „tageszeitung“ (taz) befasst sich mit den „Occupy“-Protesten gegen die Macht der Banken:

„Es ist abzusehen, dass der Widerstand in der Bevölkerung gegen die Politik der ungerechten Verteilung der Gewinne und der Lasten zunehmen wird. Und es ist absehbar, dass die Regierungen gegen ihre unbotmäßigen Bürger immer mehr die Polizei einsetzen werden... Offensichtlich häufen sich Einsätze, die nicht mehr dem Auftrag unseres Polizeigesetzes unterliegen, nämlich die öffentliche Sicherheit und die öffentliche Ordnung zu gewährleisten, sondern die den Interessen sehr spezieller politisch-ökonomischer Allianzen dienen.“

Der vorbildliche Umbau

Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ würdigt den Umbau der Bundeswehr:

„Verteidigungspolitisch sind der Umbau der Bundeswehr und die damit verbundenen Einschnitte hilfreich. Wer über eine verringerte Einsatzfähigkeit klagt, unterschätzt, dass ganz im Gegenteil Verbesserungen das Ziel sind. Und finanzpolitisch sind die Schritte nicht nur unvermeidbar, sondern vorbildlich. Andere Behörden sollten sich an dieser Konsequenz ein Beispiel nehmen. Es ist eine interessante Pointe, dass genau jene anmaßende Kalkschneidigkeit, die dem damaligen Verteidigungsminister Theodor zu Guttenberg in der Plagiatsaffäre zum Verhängnis wurde, die radikalen Schritte und Schnitte in dem verkrusteten Gebilde der Bundeswehr erst ermöglichte. Die Chancen aus den Schließungen überwiegen klar die Nachteile.“

Christine Bergmanns Nadelstiche

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt zum Abschied der Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung:

„Christine Bergmann hat mit Verhandlungsgeschick und einer guten Portion Sturheit erfolgreich Nadelstiche gesetzt. Das lange, unerträgliche Schweigen ist vorbei, sexueller Missbrauch ist ein öffentliches Thema geworden. Die dicken Bretter des Abwiegels und Taktierens konnte aber auch die einstige Gründerin des ersten DDR-Frauenhauses nicht durchbohren. So bleibt die ungläubliche Praxis vieler Bistümer, Missbrauch durch Versetzung der Täter zu verschleiern, praktisch eine ungesühnte Schande der Vergangenheit. Der Persilschein heißt Verjährungsfrist.“